



»Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.«

Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung

Standpunkt

von Professor Dr. Klaus Hänsch

Transstaatliche Demokratie

Zerstört die Europäische Union die Demokratie oder zerstört die Demokratie die Union? Ersterem gilt seit längerem dauernde Sorge, seit Kurzem kann Letzteres nicht mehr ausgeschlossen werden. Demokratie und Nationalstaat sind historisch eng verbunden. Sie basiert auf einer klaren Trennung zwischen innen und außen und setzt voraus, dass er die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme seiner Bürger autonom lösen kann. Das könnte er 200 Jahre lang in etwa hinreichend, heute und in Zukunft kann er es nicht mehr. Dennoch gehört ihm weiterhin die Affektion seiner Bürger.

Weil Klimawandel, Ressourcenverteilung, Marktmächte, Big Data die Trennung von innen und außen verwischen und die nationalstaatliche Lösungsautonomie durchlöchern, verlagern immer mehr Staaten Entscheidungen von großer gesellschaftlicher Bedeutung und Zukunftsbindung in globale und regionale Organisationen. Klimakonferenzen, WTO, IMF, Weltbank, UNO und, nicht zuletzt, auf die G7- bis G20-Gipfel. In diesen Sphären sublimieren wichtige Mitwirkungs- und Kontrollmechanismen der nationalstaatlichen Demokratie ins Nichts.

Unter den außerstaatlichen Organisationen, denen de facto und zum Teil auch de jure immer mehr Entscheidungskompetenzen zugewachsen sind, bietet allein die EU den Bürgern direkte Mitentscheidung und Machtkontrolle durch ein direkt gewähltes Parlament; fällt Entscheidungen mit einer Mehrheit von Staaten; öffnet sich den nationalen Volksvertretungen für die Mitwirkung auf der überstaatlichen Ebene. Die EU ist das weltweit erste und einzige Projekt einer transstaatlichen Demokratie.

Sie tritt nicht an die Stelle der nationalen Demokratien. Sie erweitert sie und gibt ihnen sogar einen Teil ihrer in die Welt verdampften Gestaltungsmacht zurück. Dennoch nehmen viele Bürger die Unionsdemokratie als Verengung oder gar Entleerung der nationalen wahr. Sie orientieren sich an den Rechten und Verfahren ihrer jeweiligen nationalstaatlichen Demokratie und erwarten, dass die transstaatliche deren treue Kopie ist. Aber welche der 28 nationalen sollte sie denn kopieren, um für vollkommen gehalten zu werden?

Kompetenzen und Institutionen der Union sind „staatsanalog“ angelegt, aber sie ist kein Staat (geworden). Der EU-Vertrag weist sie als eine „der Bürger und der Staaten“ mit vergemeinschafteten und intergouvernementalen Elementen aus. Die Mitgliedstaaten stehen nicht neben oder gegen die Union, sie sind deren wichtigstes Strukturelement. Ihre demokratisch gewählten Regierungen sind der eine Teil der doppelten Legitimation, mit der die Union europäisches Recht setzt. Der andere ist das von den Unionsbürgern direkt gewählte Europäische Parlament. Aus Vergemeinschaftung/ Intergovernmentalität und dem Prinzip der doppelten Legitimation ergeben sich Besonderheiten der Kompetenzen, Institutionen und Verfahren, die häufig als „Demokratisches Defizit“ interpretiert werden - fälschlich, denn sie beweisen nicht, dass die Union keine Demokratie, sondern dass sie kein Staat ist.

Geht Demokratie im „Nichtstaat“? Natürlich nicht. Aber für die für die transstaatliche Demokratie für die es kein Vorbild gibt, an dem sie sich ausrichten kann, die sich muss sich auf unbekanntes Gelände vorarbeiten muss, ist es für eine Antwort noch zu früh. Sie kann sich allerdings darauf berufen, dass die Geschichte der Staatsdemokratien eine der sich immer wieder neu verschiebenden Kombinationen von Prinzipien und Verfahren ist. Was zunächst als miteinander unvereinbar galt, etwa Monarchie und Demokratie, oder Trennung und Verschränkung der Gewalten, Volkssouveränität und Minderheitenschutz, Freiheit und Gleichheit u.v.a. brauchte 100 bis 150 Jahre bis sich z.B. das Prinzip der Gleichheit (Frauenwahlrecht) durchgesetzt oder die heutigen Checks and Balances zwischen den Institutionen herausgebildet hatten.

Nationalstaatliche Demokratien haben die Union gegründet und zur transstaatlichen Demokratie entwickelt. Einige scheinen sich ihr nun durch Verweigerung oder Austritt wieder entziehen zu wollen. Von den tatsächlichen oder vermeintlichen Zwängen der Union „befreit“, werden sie ihre frühere Gestaltungsautonomie dennoch nicht zurück gewinnen. Sie sind zwar unumkehrbar schwächer geworden, aber stark genug geblieben, die Union und mit ihr das Projekt der transstaatlichen Demokratie fähig oder absichtlich zu zerstören.

Was war?

Demokratie Diskutiert

Unter dem Titel „TTIP und CETA – Mehr Chancen oder mehr Risiken im transatlantischen Freihandel“ fand am 23. April 2015 die Veranstaltung aus der Reihe „Demokratie Diskutiert“ statt. Der Bundesvorstandssprecher von „Mehr Demokratie e.V.“ und Sprecher der Kampagne „STOP TTIP“ Dr. Michael Ellert und der Leiter des Kompetenzzentrums für Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur am Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. Jürgen Matthes diskutierten über die Vor- und Nachteile des Abkommens. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und die im Anschluss stattfindende Diskussion mit dem Publikum war erwartungsgemäß äußerst lebhaft.



Stiftungspreis 2014

Mit dem Stiftungspreis 2014 wurde Privatdozent Dr. Tom Mannewitz für seine herausragende Habilitationsschrift zu dem Thema „Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat – Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung“ ausgezeichnet. Die Preisverleihung findet am 24.10.2016 im Rahmen des Vortrags von Frau Dr. Tuba İşık „Multireligiösität als Herausforderung und Chance“ statt.

Veranstaltungsreihe „Universalismus und Partikularität“

Die Demokratie-Stiftung unterstützt und fördert die neue Vorlesungsreihe „Universalismus und Partikularität – Menschenrechte und Demokratie in Zeiten der Globalisierung“ von Prof. Dorothea E. Schulz, PhD und Prof. Dr. Wilfried Hirsch. Innerhalb der Vorlesungsreihe fanden bereits die Veranstaltungen „Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung?“ mit Prof. Dr. Wolfgang Merkel von der Humboldt-Universität Berlin und „Der letzte Schrei. Die Sustainable Development Goals“ mit Prof. Dr. Thomas Pogge, Professor of Philosophy and International Affairs, Yale University, statt.

Neues Kuratorium

Die Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln hat als zwei neue Kuratoriumsmitglieder Frau Professorin Dr. Annette Elisabeth Töller und Herrn Professor Dr. Karl-Rudolf Korte gewinnen können.

Frau Töller ist Professorin für Politikwissenschaft auf dem Gebiet der Politikfeldanalyse an der FernUniversität Hagen. Herr Korte ist ebenfalls Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien“ an der Universität Duisburg – Essen. Er ist außerdem Direktor der „NRW School of Governance“.

Was wird?

Vortrag

Am 24.10.2016 wird Frau Dr. Tuba İşık einen Vortrag zu dem Thema „Multireligiösität als Herausforderung und Chance“ halten. Die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr. Frau Dr. İşık ist Mitarbeiterin am Zentrum für Komparative Theologie und Kulturwissenschaften des Instituts für Katholische Theologie an der Universität Paderborn.

Demokratie Camp 2016

Vom 07. bis 12.08.2016 findet das Demokratie-Camp der Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln statt. Das diesjährige Thema lautet „Europa und die Türkei – EU Beitritt ja oder nein?“ und findet in Kooperation mit der Partneruniversität in Istanbul statt. An dem Camp werden sowohl deutsche als auch türkische Studierende teilnehmen. Ziel des Demokratie-Camps ist es, dass die Studierenden sich wissenschaftlich reflektiert und aus den unterschiedlichen Perspektiven dem oben genannten Thema annähern und hierüber eigenständig diskutieren. Als Input gibt es zudem interessante Fachvorträge von Experten.



Stiftungspreis 2015

Die Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln verfolgt mit dem Stiftungspreis das Ziel, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie zu unterstützen. Der Preis wird jährlich an Autorinnen und Autoren vergeben, die eine außerordentliche Qualifikationsarbeit fertig gestellt haben. Der Stiftungspreis wird dieses Jahr erstmalig in zwei Kategorien vergeben: Der Preis ist für Dissertationen und Habilitationen mit 5.000 € und für studentische Abschlussarbeiten mit 2.500 Euro dotiert.

Die Bewerbungsfrist für den Stiftungspreis 2015 endet am 30. Juni 2016.



Wer wir sind und was wir wollen?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.

Als wissenschaftliche Grundlage dient das von ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/ einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Die Universität zu Köln finden Sie auch hier:



Impressum:

Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln

Tel.: 0221/ 470-5644 | E-Mail: demokratie-stiftung@uni-koeln.de | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de>

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Bernhard Kempen

Gestaltung: Ulrike Kersting | Abteilung Marketing | Universität zu Köln